Milliardengeschäfte der Politik mit Klimaängsten!

geschrieben von Dr. W. Thüne | 4. März 2011

Nach einer Untersuchung des Deutschen Wetterdienstes zu den Auswirkungen des Klimawandels auf extreme Wetterereignisse kam der DWD zu dem Ergebnis: „Im Winter, also in den Monaten Dezember, Januar und Februar, erwarten wir bis zum Jahr 2100 in weiten Teilen Deutschlands mehr Starkniederschläge."
Es ist schon erstaunlich, dass der Deutsche Wetterdienst, der nicht einmal halbwegs verlässliche 10-Tages-Prognosen abgeben kann, sich derart weit in die Zukunft vorauswagt. Noch erstaunlicher ist, dass dies nicht, obgleich der Klimawandel in vollem Gange ist, ab sofort geschieht, sondern erst ab dem Jahre 2040. Warum erst ab 2040? Haben wir zwischenzeitlich kein Wetter? Die Zahl ist reine Spökenkiekerei, sie ist völlig aus der Luft gegriffen, hat keinerlei Wert. Doch dieses Art des Geistersehens ist politisch gewollt und wird staatlich gefördert und finanziert. Dabei weiß der Deutsche Wetterdienst ebenso wie alle Wetterdienste dieser Erde, dass die Atmosphäre das beweglichste Element ist, mit dem es der Mensch zu tun hat, dem er sich täglich aufs neue anpassen muss. Das Wetter unterliegt unvorhersehbaren Schwankungen. Schon minimale Änderungen von meteorologischen Parametern können extreme Auswirkungen auf die Wetterentwicklung haben und selbst seriöse Prognosen über den Haufen werfen, zu Makulatur werden lassen.
Warum die Klimaforschungsinstitute mit der „Klimakatastrophe" drohen und nun die Wetterdienste in dasselbe Horn blasen und mit der Zunahme von Wetterextremen Angst und Schrecken verbreiten, dann kann dies nur politisch erklärt werden. Die Politik weiß seit Urzeiten, dass Angst ein probates Herrschaftsinstrument ist, das sich in der Geschichte der Menschheit stets bestens bewährt hat. Angst macht blind, lähmt den Verstand und verführt dazu, mit wehenden Fahnen hinter den falschen Rettern her zu laufen. Angst macht unkritisch, so dass die Geängstigten nicht merken, dass Warner und Retter identisch sind. Es ist eine optimale Win-Win-Situation, in der der Normalbürger immer den Kürzeren zieht, die Zeche zahlen muss. Das „Klima" als diffuser, mehr emotionaler denn rationaler Begriff, ist für das Schüren von Ängsten bestens geeignet. Zudem ist es ist ein globales Phänomen. Macht man es zum Schreckgespenst, dann erreicht man alle Menschen. Man kann publizistisch die Erde zur Treibhaus-Hölle machen und, in bester Absicht, ein System der Klima-Knechtschaft darauf errichten. Und auch eines ist absolut sicher: Wer die Spielregeln bestimmt, hat zukünftig das Sagen, ist der große Dirigent auf der weltpolitischen Bühne.
Auf dieser Bühne gibt es natürlich Rivalitäten zwischen den UN, den USA, der EU, Russland, China, Indien. Eine treibende Kraft in diesem Mächtespiel ist die von der Finanzkrise geschüttelte EU. Sie gefällt sich in der Rolle des Vorreiters und will sich in Erinnerung an die Zeit des Kolonialismus zum Retter der Erde aufschwingen. In einem vorzeitig

bekannt gewordenen Strategiepapier aus Brüssel heißt es:

> *„Jedes Jahr wird die EU-Kommission 270 Milliarden Euro investieren müssen, wenn sie ihre Klimaschutzziele erreichen will – und das die kommenden 40 Jahre lang.“*

Damit soll der Treibhausgasausstoß bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gesenkt werden. Der Ausbau der Energienetze, der Stromtrassen, soll bis 2020 weitere 200 Milliarden Euro verschlingen. Wie die EU-Kommission, deren Haushalt im Jahr 2010 ein Volumen von knapp 123 Milliarden Euro hatte, diese utopischen Ziele verwirklichen will, darüber schweigt sie.
In der EU gilt nämlich der Grundsatz des jährlichen Haushaltsausgleichs, der es der EU verbietet, Kredite aufzunehmen und damit neben den Defiziten der einzelnen Staatshaushalte einen eigenen EU-Schuldenturm aufzubauen. Woher 40 Jahre lang die 270 Milliarden Euro kommen sollen, darüber schweigt man sich aus. Und es kommt noch schlimmer: Das Klimaschutzziel ist pure Utopie, die Rechnung wurde ohne den Wirt macht. Der Wirt ist das Wetter. Es entzieht sich der Kontrolle des Menschen. Es ist das unterschiedliche Wetter, das auf der Erde die bunte Klimavielfalt bewirkt. Ein **„Welteinheitsklima**“, die von der Bundeskanzlerin propagierte **„globale Klimagerechtigkeit“**, ist absolut unmöglich, so dass die Milliarden-Investition der EU von vornherein ein Flop ist. Die Bürger der 27 EU-Staaten sollten schleunigst rebellieren, wenn sie nicht mit der Freiheit auch noch ihr ganzes Geld in staatliche Klimaschutz-Wunschträume verlieren will.
Wer diese Aussage überprüfen will, der besorge sich von der Vertretung von der Europäischen Kommission in Deutschland das Themenheft Nr. 32 (2011) „Wege zu einem **„grünen Wachstum“**. Zugleich lese er in SpiegelOnline vom 20. Februar 2011 das Interview mit Jutta Dittfurth. Sie kommt zu dem Schluss: *„Die Grünen sind Meister in der Kunst des Verrats“*! Es ist Verrat am Wähler, wenn die Grünen ein grünes Deutschland versprechen und gleichzeitig ein CO2-freies Deutschland ohne das klimakillende Umweltgift CO2 planen und damit Deutschland in eine braune Wüste verwandeln würden.
In einem Artikel des Sonderhefts sagt der EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, *„wir stehen vor einer Revolution auf dem Energiesektor“*. Seine Vision ist:

> *„Tatsächlich müssen wir rund eine Billion Euro in den Ausbau der Netze bis 2020 bis 2020 stecken. Den Löwenanteil werden wohl die Energieverbraucher zahlen müssen. Das tun sie schon jetzt über die Preise für Strom und Gas. Öffentliche Gelder werden nur in wenigen Ausnahmefällen eingesetzt.“* Oettinger weiter: *„Deshalb müssen wir in intelligente Netze investieren.“*

Natürlich auch „intelligente Stromzähler“.
Die so gewonnen Daten steuern die Netze. Wie und damit das funktioniert,

müssen neben der Elektrizität gigantische Datenmengen fließen. Dazu lesen wir im Themenheft: „Trockner, Waschmaschinen und Klimaanlagen sollen nicht nur minütlich den Verbrauch an Zentralrechner übermitteln. Sie müssen sich auch per Steuersignal abschalten lassen, wenn die Energie knapp wird, und einschalten, wenn genug verfügbar ist. Energiemanager weltweit planen die informations- technische Aufrüstung der Stromnetze zu einem „Internet der Energie“.“ Wenn dieses Szenario Wirklichkeit werden sollte, und nichts spricht dagegen, dann haben wir den Weltüberwachungsstaat mit dem ferngesteuerten Menschen. Dann wird der Strom einfach gekappt, wenn Bürger auf die Straße gehen und protestieren wollen, wenn unerwünschte Fernsehsendungen verheimlicht werden sollen. Es wird mit Sicherheit nicht bei der Fernsteuerung des Geschirrspülers bleiben. Der „intelligente Verteiler“ wird die Stromzufuhr nach der politischen Gesinnung dosieren. Eine herrliche Zukunft, die an George Orwell erinnert! In dem 1949 erschienen Roman „1984“ wird die Dystopie eines totalitären Überwachungs- und Präventionsstaates dargestellt. Nun kommt noch die fremde Lenkung hinzu.
Nach dieser düsteren Zukunftsvision ein Blick zurück in die Wetterrealität. Die erste Wetterkarte in Deutschland wurde am 16. Februar 1876 von der Seewetterwarte in Hamburg erstellt. Die Deutsche Seewetterwarte selbst wurde im Jahre 1871 gegründet. 1921 entstand die erste Flugwetterwarte Mitteleuropas in Nürnberg. Der Gründung des Deutschen Wetterdienstes erfolgte 1952 in Offenbach. Die „Internationale Meteorologische Organisation“ (IMO) entstand 1873. Sie wurde abgelöst durch die „Weltorganisation für Meteorologie“ (1951), einer Fachorganisation der Vereinten Nationen, die seit dem 1. April 1960 ihren Sitz in Genf hat. Hauptaufgabe der staatlichen meteorologischen Dienste ist die Analyse und Diagnose des Wetters, um möglichst optimale Wettervorhersagen zu erarbeiten.
Mit Hilfe des Messtechnik und Nachrichtentechnik war es möglich geworden, mit wenigen Stunden Verspätung zu international festgelegten Zeiten Wetterkarten zu erstellen. Man knüpfte bei der Zielsetzung an das alte Griechenland zur Zeit von Plato und Aristoteles an. Zu damaliger Zeit galt der philosophische Grundsatz: Die Natur würfelt nicht! Also: Nicht der Zufall, sondern Gesetzmäßigkeiten sind es, die die Natur beherrschen, nach denen auch die Vorgänge in der Natur ablaufen. Im Jahre 1868 war der „Reichskanzler der Physik“ Hermann von Helmholtz (1821-1894) zu der Erkenntnis gekommen, dass die hydrodynamischen Gleichungen der Physik auch zur Lösung meteorologischer Probleme herangezogen werden könnten. Dies war ein überaus kluger Gedanke, der die zuerst mathematische, dann numerische Wettervorhersage beflügelte. Doch die Atmosphäre ist keine Hydrosphäre und gasförmige Bewegungen sind mit Bewegungen von Flüssigkeiten nur bedingt vergleichbar. Dennoch wird selbst heute in der Wetternumerik mit den hydrodynamischen Gleichungen gerechnet. Seit gut 150 Jahren hat es auf diesem Gebiet keinen Fortschritt in der Physik gegeben. Aerodynamische Gleichungen, die auf die Bewegung von Luft zugeschnitten sind, gibt es bis heute nicht!
Die Ende der sechziger Jahre sich etablierenden numerischen Wettervorhersagen haben den synoptischen Meteorologen die

Vorhersagearbeit durchaus erleichtert, sie sind aber letztendlich ein Hilfsmittel geblieben. Der erfahrene Meteorologe ist durch keine noch so „intelligente Maschine“ ersetzbar. Luftströmungen sind halt keine Wasserströmungen. Sie sind wesentlich turbulenter und volatiler. Bei der Lösung der nichtlinearen Differentialgleichungen kommt noch das Problem „Chaos“ zum Tragen. Bei den mathematischen Lösungsverfahren stößt man rasch an die Grenzen des deterministischen wie stochastischen Chaos und man erhält mit Zunahme der Rechenschritte rasch einen weit verzweigten Baum an Lösungsmöglichkeiten. Diesen Effekt bei der Lösung nichtlinearer Differentialgleichengen nennt man nach Edward Lorenz (1917-2008), der ihn 1960 entdeckte, gerne „Schmetterlingseffekt“. Er ist ein anschaulicher Ausdruck dafür, dass kleinste Ursachen größte und höchst unterschiedliche Wirkungen haben können. Dieser mathematische „Schmetterlingseffekt“ ist auch die Ursache für die vielen und an der Tagungsordnung stehenden numerischen Fehlvorhersagen des Wetters.
Weil dies allen seriösen und qualifizierten Meteorologen bekannt ist, ist es umso unverständlicher, dass sich der Deutsche Wetterdienst aus politischer Opportunität heraus zu solch unsinnigen Prognosen hinreißen lässt. Doch die Kritik an diesem Verhalten verhallt, solange die Politik hinter dem Deutschen Wetterdienst steht und ihn noch zu diesem Fehlverhalten ermutigt, das über die Medien überdies weite Verbreitung und Beifall erhält. So entstehen Lehrmeinungen, die keine sind. Die Wissenschaftsfreiheit ist zwar theoretisch garantiert, doch praktisch längst außer Kraft gesetzt, da diejenigen Wissenschaftler, die sie gegen staatliche Allmacht verteidigen, längst mit Hilfe der Medien in die Rolle von Außenseitern und Querulanten gedrängt worden sind.
Der Wetterdienst sollte sich auf seine ursprünglichen Aufgaben konzentrieren, die Analyse, Diagnose und Prognose des Wetters. Im Wetterdienstgesetz vom 10. September 1998 heißt es in §4 (1) Aufgaben des Deutschen Wetterdienstes sind
1. „Die Erbringung meteorologischer Dienstleistungen für die Allgemeinheit oder einzelne Kunden oder Nutzer,…“, 6. „Die Vorhersage der meteorologischen Vorgängen“ und 9. „Die Bereithaltung, Archivierung und Dokumentierung meteorologischer Daten und Produkte.“
Wo steht da geschrieben, dass der Deutsche Wetterdienst sich mit archivierten meteorologischen Daten an statistisch windigen Klimaspekulationen beteiligen kann? Die Allgemeinheit der Bürger wartet sehnlichst auf eine Verbesserung der täglichen Wettervorhersagen.
Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim, im Februar 2011